

## D 1a Das Projekt des Ölschieferabbaus

Die Geschichte des KZ Bisingen im südlichen Württemberg-Hohenzollern, einem Außenlager des KZ Natzweiler im Elsass, begann am 24. August 1944 mit dem ersten Transport von 1000 polnischen Häftlingen aus Auschwitz. Bis Kriegsende wurden insgesamt 4163, überwiegend osteuropäische Häftlinge nach Bisingen deportiert; darunter befand sich ein Drittel Juden. Rund 1200 Häftlinge starben in diesem Lager. Das KZ Bisingen war Teil eines Komplexes von sieben Außenlagern, der im Zusammenhang mit der intensivierten Einbeziehung der Häftlingsarbeitskraft in die Rüstungsproduktion 1943/44 entstand. Im vorliegenden Fall sollte aus dem am Rand der Schwäbischen Alb vorkommenden Ölschiefer Treibstoff gewonnen werden. Dieses Rüstungsvorhaben, das als Forschungsprojekt 1942 seinen Anfang nahm, wurde nach dem durch alliierte Luftangriffe hervorgerufenen weitgehenden Zusammenbruch der Treibstoffproduktion unter dem Decknamen „Wüste“ im Juli 1944 in das „Geilenberg-Programm“ (benannt nach dem Verantwortlichen Edmund Geilenberg) eingegliedert. Geplant war der Bau von zehn Schieferölfabriken in Württemberg, wovon jedoch nur ein Teil erstellt werden konnte. Erst wenige Wochen vor Kriegsende begann die unter äußerst provisorischen Bedingungen durchgeführte Ölproduktion in Bisingen anzulaufen. Das Unternehmen „Wüste“ gehörte zu den zahlreichen sinnlosen und schlussendlich gescheiterten Notmaßnahmen in der Endphase des Zweiten Weltkrieges.

[...] Das südwürttembergische Ölschieferprojekt war geprägt vom NS-typischen polykratischen Kompetenzchaos: einem komplexen Macht- und Profilierungskampf zwischen verschiedenen staatlichen Behörden und Dienststellen einerseits und einzelnen Personen andererseits, die aus persönlichem Ehrgeiz handelten. Die verschiedenen Phasen dieses Vorhabens spiegeln die Gesamtsituation wider: die militärische Krise, die Notsituation in der Rüstungsproduktion, die Wende in der NS-Wirtschaftspolitik im Frühjahr 1942 und der parallel dazu einsetzende Machtkampf zwischen Albert Speer und der SS um die Kontrolle der Rüstungswirtschaft und der KZ.

[...] Das Jahr 1944 markierte den Einbruch der Rüstungsproduktion durch die gezielten Angriffe der Alliierten auf die wichtigsten Industriezweige der deutschen Kriegswirtschaft: die Flugzeug- und Treibstoffindustrie. Diese Bombardements legten die Produktion weitgehend lahm. Neu gegründete Krisenstäbe mit weitreichenden Kompetenzen sollten den Wiederaufbau der Fabrikanlagen so schnell wie möglich umsetzen. [...]

[...] Statt in acht Monaten sollten nun zehn Ölschieferwerke innerhalb von drei Monaten, also bis Mitte Oktober 1944, errichtet werden. [...] Geilenbergs Befehl zur Nutzung der württembergischen Ölschiefervorkommen war eines der letzten Mittel, zu denen das Regime in einer aussichtslosen Kriegssituation griff. Damit reiht sich das Unternehmen „Wüste“ ein in die vielen absurden und wahnwitzigen Rüstungsprojekte der letzten Kriegsphase wie den Bau von zahlreichen neuen Produktionsstätten zur Erzeugung von Mineralöl, die aufwändigen Verlagerungsaktionen von Rüstungsbetrieben, aber auch die Konstruktion vermeintlicher „Wunderwaffen“ wie der V 1 und V 2. Alle diese Vorhaben [...] konnten weder die erhoffte Kriegswende herbeiführen noch den Zusammenbruch der Rüstungsproduktion verhindern. Die Zielsetzung des Unternehmens „Wüste“ hatte zudem wenig mit kriegswirtschaftlicher Relevanz zu tun. In einer Zeit, in der Treibstoff für Flugzeuge und Panzer als kriegsentscheidend angesehen wurde, ordnete Geilenberg die Gewinnung von Schieferöl an, das ohne weitere Verarbeitung nur in Traktoren eingesetzt werden konnte, also nur mittelbar von Nutzen für die Kriegsindustrie war. Die Verdrängung der technischen Probleme wie der Sinnlosigkeit des ganzen Vorhabens waren typisch für die Endphase des Krieges. Im Wahn immer neuer Pläne blendeten die Verantwortlichen jeden Gedanken an eine drohende Niederlage aus und verschanzten sich hinter blindem Aktionismus.

(aus: Glauning, Christine. Entgrenzung und KZ-System. Das Unternehmen „Wüste“ und das Konzentrationslager in Bisingen. Berlin 2006, S. 13, 31, 55, 101f, 110f)